

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Kommission stellt Aktionsplan gegen Cybermobbing vor	1
EU-Kommission: 2 Jahre DSA, TikTok verstößt dagegen, Verfahren gegen Shein wegen CSA-Material	1
EU-Kommission: Antwort auf die Bürgerinitiative zur Verringerung unsicherer Abtreibungen in der EU	1
EU-Parlament: Vorschläge für die EU-Strategie zur Bekämpfung von Armut in der EU bis 2035	2
EU-Parlament: Ausschuss für Wohnen beschließt Empfehlungen zur Wohnraumkrise	2
EU-Parlament, Ausschüsse für Gender und Beschäftigung: Bericht zur Gender Pay and Pension Gap	3
EU-Rat: Debatte über personenzentrierte Langzeitpflege für ein aktives Altern	3
EU-Parlament billigt Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats bei familiärer Verbindung	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Italien: neues Gesetz für regionale Stabilität enthält Beihilfen für junge Mütter zum Kauf eines Hauses	4
Italien: kleine Verbesserungen beim Elterngeld	4
UK: Gesetzentwurf sieht generelle Prüfungen der Auswirkungen auf die Rechte der Kinder vor	4
Schweiz: in Haushalten mit geringem Einkommen jedes siebte Kind benachteiligt	4
Schweiz: Statistik über die Familienzulagen 2024 liegt vor	4
<i>Kurznachrichten: Energy-Drinks unter 16, Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch von Kindern</i>	<i>5</i>
Weitere Nachrichten	5
Vier Jahre Krieg in der Ukraine, vier Jahre Leiden der Kinder	5
UN: zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer UN-Altenrechtskonvention tagt	5
Über 100 Organisationen für strenge Gesetze gegen sexuellen Kindesmissbrauch und Nudifying Tools	5
ENB: offener Brief an die EU-Abgeordneten zu den Rechten binationaler und bikultureller Familien	6
<i>Kurznachrichten: EU-Strategie für Behinderte, Erklärung gegen den Einsatz von Kindersoldaten</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	7
UNICEF: die Zukunft für Kinder in einer volatilen Welt – Aussichten für Kinder im Jahr 2026	7
Neue Studie: Weltweit fehlen 980.000 Hebammen, davon 10.000 in Europa	7
OECD: Mobbing in der Schule	7
Toolkit für Hochschuleinrichtungen zur Unterstützung von Studierenden mit Kindern	7
EU-Kommission, DG Beschäftigung: Wer sind die erwerbstätigen Armen?	8
<i>Kurznachrichten: Weltbericht zur Ungleichheit, Anpassung an Klimawandel, gerechte grüne Wende</i>	<i>8</i>
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Kommission stellt Aktionsplan gegen Cybermobbing vor

Am Safer Internet Day, dem 10. Februar, hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan gegen Cybermobbing vorgelegt, mit dem sie die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Internet schützen will. Der Aktionsplan umfasst unter anderem die Einführung einer EU-weiten App, mit der Opfer von Online-Mobbing leicht Hilfe erhalten können. Außerdem sollen nationale Ansätze zur Bekämpfung schädlichen Verhaltens im Internet besser koordiniert und dem Cybermobbing durch die Förderung besserer und sichererer digitaler Verfahren vorgebeugt werden.

- [EU-Kommission: Action plan against cyberbullying](#)  

EU-Kommission: 2 Jahre DSA, TikTok verstößt dagegen, Verfahren gegen Shein wegen CSA-Material

Die Europäische Kommission hat vorläufig festgestellt, dass TikTok aufgrund seines süchtig machenden Designs gegen das Gesetz über digitale Dienste (DSA) verstoße. Dazu gehörten Funktionen wie unendliches Scrollen, automatische Wiedergabe, Push-Benachrichtigungen und das stark personalisierte Empfehlungssystem. TikTok kann sich nun gegen die Vorwürfe verteidigen. Sollte sich die Auffassung der Kommission letztlich bestätigen, kann die Kommission eine Geldbuße von bis zu 6 % des weltweiten Gesamtumsatzes des Anbieters verhängen.

Die EU-Kommission hat ebenso auf der Grundlage des Gesetzes über digitale Dienste ein förmliches Verfahren gegen Shein wegen seiner suchterzeugenden Gestaltung, der mangelnden Transparenz von Empfehlungssystemen sowie des Verkaufs rechtswidriger Produkte eingeleitet. Dazu gehören Produkte, bei denen es sich um Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs handeln könnte, wie z. B. kinderähnliche Sexpuppen.

In den zwei Jahren des Bestehens des Gesetzes über digitale Dienste ist damit die Zahl der deswegen eingeleiteten Verfahren auf 16 gestiegen. Außerdem teilt die Europäische Kommission mit, seien seitdem rund 165 Millionen Moderationsentscheidungen der Plattformen angefochten worden, etwa 50 Millionen davon seien im Nachhinein aufgehoben worden. Ebenso hätten außergerichtliche Streitbeilegungsstellen zahlreiche Fälle geprüft, insbesondere bei großen sozialen Netzwerken, und in vielen Fällen hätten sie die ursprünglichen Entscheidungen der Plattformen revidiert.

- [Vorläufige Feststellung der Kommission: TikToks suchterzeugende Gestaltung verstößt gegen den DSA](#)
- [Kommission leitet Untersuchung im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste gegen Shein ein](#)

EU-Kommission: Antwort auf die Bürgerinitiative zur Verringerung unsicherer Abtreibungen in der EU

Zu der Europäischen Bürgerinitiative mit dem Titel „My Voice, My Choice: Für eine sichere und zugängliche Abtreibung“ (s. [AGF-EuropaNews 12/25](#)) hat die Europäische Kommission eine Mitteilung veröffentlicht. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation fänden in Europa jährlich rund 483.000 unsichere Abtreibungen statt. Unsichere Abtreibung sei eine Frage der öffentlichen Gesundheit, da sie zu verschiedenen Formen von körperlichem Schaden und schwerem psychischen Stress führten und somit das Leben von Frauen gefährden könne. Die EU könne Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich der öffentlichen Gesundheit unterstützen, müsse jedoch die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Gesundheitspolitik achten. Nach sorgfältiger Analyse der Initiative und im Hinblick auf die Beschränkungen der EU-Zuständigkeit betont die Kommission, dass sich die Mitgliedstaaten

auf bestehende EU-Instrumente stützen könnten (insbesondere den Europäischen Sozialfonds Plus, ESF+), um den gleichberechtigten Zugang zu rechtlich verfügbaren und erschwinglichen Gesundheitsdiensten, einschließlich sicherer Abtreibungsdienste, zu verbessern. Mitgliedstaaten, die den ESF+ dafür nutzen möchten, müssten ihre nationalen oder regionalen ESF-Programme entsprechend ergänzen, um sie für die Verbesserung des Zugangs zu reproduktiven Gesundheitsdiensten einzusetzen. Dies sei möglich, ohne ein neues Rechtsinstrument einzurichten.

- [Antworten der Kommission auf die Europäische Bürgerinitiative zur Verringerung unsicherer Abtreibungen](#)

EU-Parlament: Vorschläge für die EU-Strategie zur Bekämpfung von Armut in der EU bis 2035

Das Europäische Parlament hat die Europäische Kommission aufgefordert, Armut in der angekündigten EU-Strategie zur Armutsbekämpfung ausdrücklich als Verletzung der Menschenwürde anzuerkennen und verbindliche Maßnahmen zur vollständigen Reduzierung von Armut bis spätestens 2035 vorzulegen. Die Abgeordneten verlangen eine substantielle finanzielle Ausstattung im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen sowie eine bessere Koordinierung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Angesichts von 93,3 Millionen armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen in der EU – darunter 20 Millionen Kinder – fordern sie ein eigenes Budget von mindestens 20 Milliarden Euro für die Europäische Garantie für Kinder. Zudem sollen die Mitgliedstaaten einen festen Anteil der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) gezielt zur Bekämpfung von Kinderarmut einsetzen.

Ein festes Budget für die Europäische Garantie für Kinder hat ebenfalls der Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) in einer Sitzung mit dem zyprischen Ratsvorsitz gefordert.

Das European Anti-Poverty Network, COFACE, Eurochild und elf weitere zivilgesellschaftliche Organisationen der Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy begrüßten das Votum des Parlaments, kritisierten jedoch, dass die Mehrheit der Abgeordneten Wohnungslose, Migrant:innen und Personen ohne Dokumente aus den Vorschlägen herausgenommen hätten. Es müsste hingegen jede Person in Armut zählen.

- [EU-Parlament: Vorschläge des Parlaments zur Bekämpfung von Armut in der EU bis 2035](#)
- [Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy: Parliament's vote still leaves many behind](#)

EU-Parlament: Ausschuss für Wohnen beschließt Empfehlungen zur Wohnraumkrise

Der Sonderausschuss Wohnraumkrise des Europäischen Parlaments hat seine endgültigen Empfehlungen verabschiedet und Lösungen für angemessenen, nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum vorgeschlagen. Diese Lösungen sollen dafür sorgen, dass kurzfristige Vermietungen die Bezahlbarkeit von Wohnraum in Städten nicht gefährden. Anreizbasierte Steuersysteme sollen Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen unterstützen. Die industrielle Souveränität der EU im Bau- und Renovierungssektor soll gestärkt werden. Außerdem soll die Bearbeitungszeit für Baugenehmigungen auf 60 Tage begrenzt werden. Die Vorschläge sind an die EU-Kommission gerichtet, die den Aktionsplan für bezahlbaren Wohnraum im Februar auch mit den Mitgliedstaaten diskutiert hat.

Zum Thema Wohnen hat ELFAC, die European Large Families Confederation, ein Positionspapier vorgelegt, in dem sie darauf hinweist, dass Familien mit drei oder mehr Kindern in den nationalen und europäischen Wohnungspolitiken durchgängig unberücksichtigt blieben. Der Bericht beruht auf Daten von Eurostat und einer Umfrage von ELFAC in 12 europäischen Ländern.

- [EU-Parlament: MEPs adopt proposals to tackle Europe's housing crisis](#) 
- [Position paper of ELFAC on housing and large families](#) 

EU-Parlament, Ausschüsse für Gender und Beschäftigung: Bericht zur Gender Pay and Pension Gap

Die Ausschüsse für Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments haben ihren gemeinsamen Bericht zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle und zur geschlechtsspezifischen Rentenlücke in der EU verabschiedet. Der Bericht beschreibt detailliert die aktuelle Lage in der EU und verweist dabei auf die Verpflichtung zur Beseitigung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung, einschließlich in allen Bereichen der Vergütung, sowie auf die begrenzten Fortschritte in dieser Hinsicht, die zu bewältigenden Herausforderungen und mögliche Wege für das weitere Vorgehen.

- [European Parliament: Draft report on the gender pay and pension gap in the EU](#) 

EU-Rat: Debatte über personenzentrierte Langzeitpflege für ein aktives Altern

Der Ministerrat für Beschäftigung und Soziales hat eine informelle Politikdiskussion durchgeführt, die sich mit personenzentrierter Langzeitpflege als Treiber für ein aktives Altern befasste. Versorgungslücken und demografische Trends wurden erörtert, ebenso wie der Nutzen gut gestalteter Investitionen in Prävention und Ertüchtigung. Analysen zeigten, dass es notwendig sei, die Langzeitpflegesysteme strategisch auf präventive, integrierte und personenzentrierte Ansätze umzustellen, die die Selbstständigkeit, Teilhabe und das Wohlbefinden im Alter aktiv förderten. Die Förderung solcher Modelle sei nicht nur unerlässlich, um den steigenden Pflegebedarf und den strukturellen Druck zu bewältigen, sondern auch, um aktives Altern zu fördern und es älteren Menschen zu ermöglichen, so lange wie möglich in ihren Gemeinschaften aktiv zu bleiben. Um diesen Wandel zu erreichen, seien ein nachhaltiges politisches Engagement, kohärente Governance-Regelungen, ein umfassender Rechtsrahmen auf nationaler Ebene, eine angemessene und nachhaltige Finanzierung sowie gezielte Maßnahmen erforderlich.

EU-Parlament billigt Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats bei familiärer Verbindung

Das Parlament hat Änderungen an den Verordnungen über das EU-Asylverfahren angenommen, um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen. EU-Mitgliedstaaten können demnach das Konzept des sicheren Drittstaats auf Asylantragstellende anwenden, die nicht Staatsangehörige des betreffenden Landes sind. Ihre Anträge können als unzulässig erklärt werden, wenn eine Verbindung zwischen der/dem Antragsteller:in und dem Drittstaat besteht, etwa durch Familienangehörige. In diesem Fall könnte die betreffenden Personen auf ein Asylverfahren in dem Drittstaat verwiesen werden, in dem sie/er einen oder mehrere Angehörige hat.

Zur gleichen Zeit zeigt der neueste Migrationsatlas des Joint Research Center der EU, dass die Zahl der Asylanträge in der EU zurückgehe, während Flucht und Vertreibung weltweit weiter zunehmen.

- [EU-Parlament: Asylrecht – Neue Regeln zu sicheren Drittstaaten und Herkunftsstaaten](#) 
- [Latest Atlas of Migration: decrease of first asylum applications in the EU while displacement rises](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Italien: neues Gesetz für regionale Stabilität enthält Beihilfen für junge Mütter zum Kauf eines Hauses

Mit dem neuen regionalen Stabilitätsgesetz wurden Maßnahmen mit einer Mittelzuweisung von 32 Millionen Euro eingeführt, um allen Müttern in den ersten zwölf Lebensmonaten ihres Kindes eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 250 Euro pro Monat zu garantieren. Des weiteren beträgt der Zuschuss für Frauen, die zum Zeitpunkt

der Geburt jünger als 30 Jahre sind, 500 Euro pro Monat. Für Mütter unter 30 Jahren steht außerdem ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro für den Kauf der ersten Wohnung zur Verfügung, wenn aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Familie ein Bedarf besteht.

Italien: kleine Verbesserungen beim Elterngeld

Ab 2026 sind in Italien wichtige Neuerungen beim Elterngeld in Kraft getreten. Die bedeutendste betrifft das Alter des Kindes: Der Elternurlaub kann nun bis zum 14. Lebensjahr des Kindesalter in Anspruch genommen werden, gegenüber der bisherigen Grenze von 12 Jahren. Die Vergütung in Höhe von 80 % wurde für die ersten drei Monate der Elternzeit (wenn diese innerhalb der ersten sechs Lebensjahre genommen wird) verlängert, während sie für die übrigen Monate bei 30 % bleibt.

UK: Gesetzentwurf sieht generelle Prüfungen der Auswirkungen auf die Rechte der Kinder vor

Ein parlamentarischer Änderungsantrag zielt darauf, britische Minister:innen gesetzlich dazu zu verpflichten, künftig bei allen Gesetzesvorhaben, Budgetfragen oder strategischen Entscheidungen, die das Wohlergehen von Kindern betreffen, eine Prüfung auf die Verträglichkeit mit den Kinderrechten durchzuführen. Der von Baroness Lister of Burtersett eingebrachte Änderungsantrag 221 soll eine kritische Lücke in der Berücksichtigung von Kinderrechten bei der Gesetzgebung und Politikgestaltung schließen und durch die regelmäßige Berichterstattung der Regierung eine stärkere Rechenschaftspflicht einführen.

Schweiz: in Haushalten mit geringem Einkommen jedes siebte Kind benachteiligt

Im Jahr 2024 waren 4,9 % der Kinder unter 16 Jahren in der Schweiz von mindestens drei kinderspezifischen Deprivationen betroffen. Dieser Wert gehört zu den höchsten in Europa. Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen und Kinder in Einelternhaushalten waren mit rund 14 % deutlich häufiger benachteiligt. Die Armutsquote der Gesamtbevölkerung lag bei 8,4 %. Dies sind einige Ergebnisse der Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamtes für Statistik (BFS), die für 2024 ein Modul zur Deprivation und Gesundheit der Kinder enthielt.

Schweiz: Statistik über die Familienzulagen 2024 liegt vor

2024 wurden insgesamt Familienzulagen in Höhe von 6,6 Milliarden Franken ausbezahlt (etwa 7,2 Milliarden Euro). Insgesamt wurden 2,6 Millionen Familienzulagen für rund 1,4 Million Bezieher:innen gewährt (im Durchschnitt etwa 430 Euro pro Monat und Familie). Die Kinderzulagen (Kindergeld bis 16 Jahre) beanspruchten 71 %, die Ausbildungszulagen 29 % und die einmaligen Geburts- und Adoptionszulagen 1 %. Finanziert wurden die Zulagen größtenteils von den Arbeitgebern, mit einem mittleren gewichteten Beitragssatz in der Höhe von 1,59 % auf dem Lohn.

Kurznachrichten: Energy-Drinks unter 16, Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

- Spanien will den Verkauf von Energy-Drinks an Minderjährige unter 16 oder evtl. sogar unter 18 Jahren verbieten. Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Ungarn haben ähnliche Beschränkungen eingeführt.
- Griechenland wurde zur Umsetzung der Richtlinie von 2011 gegen sexuellen Missbrauch von Kindern aufgefordert, da es bei Prävention, Opferschutz und Interventionen für Täter:innen Mängel gebe.

Weitere Nachrichten

Vier Jahre Krieg in der Ukraine, vier Jahre Leiden der Kinder

Der Europarat, die EU-Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen haben an das Leiden der Kinder durch den seit nunmehr vier Jahren anhaltenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine erinnert. Über zwei Millionen ukrainische Kinder seien vertrieben worden. Schätzungen zufolge seien Zehntausende Kinder unrechtmäßig deportiert worden, und über eine Million sollen unter Besatzung leben. Tausende Kinder seien verletzt worden, mehrere Hundert getötet, und unzählige andere litten unter zerstörten Klassenzimmern, unterbrochener Bildung und zerrütteten Familien und Gemeinschaften. Während die unerbittlichen Angriffe auf die Ukraine zunähmen, steige auch die Gefahr für die Sicherheit, Bildung und das Wohlergehen der Kinder.

COFACE, Eurochild, PLAN, Save the Children, Terre des hommes und 30 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen haben gemeinsam mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge zum Schutz von unbegleiteten oder von ihren Eltern getrennten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine in der EU aufgerufen.

- [Europarat: Four years after full-scale invasion, Ukrainian children still suffer most](#) 
- [Joint Statement on International Protection for Unaccompanied and Separated Children from Ukraine](#) 

UN: zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer UN-Altenrechtskonvention tagt

In Genf hat zum ersten Mal die Zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe (IGWG) der Vereinten Nationen getagt, die die Aufgabe hat, ein internationales rechtlich verbindliches Instrument für die Rechte älterer Menschen auszuarbeiten (s. dazu zuletzt [AGF-EuropaNews 4/25](#)). Viele Staaten signalisierten ihre Bereitschaft, sich aktiv in den Prozess einzubringen, darunter auch Deutschland. Die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, die unter dem Dach der Global Alliance for the Rights of Older People (GAROP) zusammenarbeiten, forderten einen inklusiven und transparenten Prozess. Bis zur nächsten Sitzung im Juli 2026 wird ein formaler Konsultationsprozess durchgeführt. Staaten und andere Akteure sind aufgerufen, sich schriftlich zu Rahmen, Architektur und Leitprinzipien des Vertrags zu äußern.

- [UN OHCHR: Organisational session of the Intergovernmental Working Group on older persons](#) 

Über 100 Organisationen für strenge Gesetze gegen sexuellen Kindesmissbrauch und Nudifying Tools

Am Safer Internet Day wurden zwei offene Briefe veröffentlicht, in denen strenge Gesetze zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und zum Verbot von Nudifying Tools gefordert werden. Darüber hinaus gab es weitere Stellungnahmen zum Schutz von Kindern online.

Der erste offene Brief wurde von 109 Kinderrechtsorganisationen und Partnern – darunter COFACE, Eurochild und Save the Children – unterzeichnet und fordert die EU auf, entschiedene Maßnahmen zum Schutz von Kindern im Internet zu ergreifen und strenge Gesetze zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern in ganz Europa zu verabschieden.

Der zweite offene Brief, der von 107 Organisationen, Institutionen und Expert:innen unterzeichnet wurde – darunter INHOPE, Interpol und Bitkom –, fordert Regierungen und Gesetzgeber auf, dringend, spätestens innerhalb der nächsten zwei Jahre, Vorschriften zu erlassen und durchzusetzen, um Nudifying Tools zu verbieten und sicherzustellen, dass sie allgemein unzugänglich sind. Nudifying Tools verwenden künstliche Intelligenz, um aus Fotos bekleideter Personen Nacktbilder zu generieren.

Die 5Rights Foundation, COFACE, das Deutsche Kinderhilfswerk, Eurochild und 69 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen sowie 17 Expert:innen fordern vom EU-Parlament, dass der Omnibus zu künstlicher Intelligenz eine klare Verpflichtung zum Schutz von Kindern in der digitalen Umgebung enthalten müsse.

Darüber hinaus hat COFACE Families Europe die Betreiber von sozialen Medien dazu aufgerufen, sicherzustellen, dass ihre Plattformen sicher sind und die Privatsphäre und die Menschenrechte respektieren. Zu der Kontroverse, ob soziale Medien gebannt oder schärfer reguliert werden sollten, haben außerdem der Menschenrechtskommissar des Europarates, Michael O’Flaherty, sowie Eurochild Stellung genommen.

- [109 Kinderrechtsorganisationen: Open Letter on Protecting Childrens Online Safety in Europe](#)  
- [107 Organisationen: Unifying Voices Worldwide: No to Nudify](#)  
- [5Rights Foundation u. a.: Children’s Rights in the Digital Omnibus on Artificial Intelligence](#)  
- [COFACE: Can social media become more ‘social’?](#) 
- [Europarat, Menschenrechtskommissar O’Flaherty: Regulate online platforms, not children](#) 
- [Eurochild on age restrictions on social media: A call to rethink the business model of social media](#) 

ENB: offener Brief an die EU-Abgeordneten zu den Rechten binationaler und bikultureller Familien

Das Europäische Netzwerk für binationale und bikulturelle Paare und Familien (ENB) hat die Mitglieder des Europäischen Parlaments aufgefordert, für eine EU-weit einheitliche Umsetzung des in der Richtlinie über die Rechte der Unionsbürger (Richtlinie 2004/38/EG) verankerten Rechts auf Familienzusammenführung mit einem Familienangehörigen aus einem Nicht-EU-Land zu sorgen. In der heutigen, sich schnell verändernden Welt bleibe die Familie eine der wichtigsten Quellen für Unterstützung, Identität und Stabilität. Die wachsende Zahl binationaler Familien in Europa repräsentiere Menschen, die im Geiste der EU zum friedlichen Zusammenleben beitrügen und die Werte Einheit, Vielfalt und Freiheit verkörperten. Infolge der Reisefreiheit erstreckten sich Millionen von Beziehungen und Familien nun über nationale Grenzen hinweg. Das ENB setzt sich für das Recht ein, mit der Person der Wahl eine Familie zu gründen, unabhängig von der Nationalität.

- [ENB: Rights of binational and bicultural families – open letter to Members of European Parliament](#) 

Kurznachrichten: EU-Strategie für Behinderte, Erklärung gegen den Einsatz von Kindersoldaten

- COFACE Families Europe tritt für eine starke Familiendimension sowie Armutsbekämpfung in der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bis 2030 ein.
- EU-Kommission, Afrikanische Union und UN haben in einer gemeinsamen Erklärung gegen den Einsatz von Kindersoldaten betont, Kinder seien vor Krieg zu schützen. 2024 wurden 7.402 Kindersoldaten identifiziert.

Berichte und Studien

UNICEF: die Zukunft für Kinder in einer volatilen Welt – Aussichten für Kinder im Jahr 2026

In der diesjährigen Ausgabe des Global Outlook betont UNICEF, dass die Kinder von heute in einer Welt aufwachsen, die unsicherer sei als jemals zuvor in der jüngeren Vergangenheit. Der beschleunigte technologische Wandel, sich verändernde geopolitische Landschaften, Klima- und Umweltkrisen sowie sich wandelnde Sozialverträge führten zu einer Welt, die von Volatilität geprägt sei. Vor diesem Hintergrund stehen wichtige Fragen

im Mittelpunkt des diesjährigen Berichts: Wie können öffentliche, private und soziale Systeme so gesteuert werden, dass sie der Volatilität standhalten und Kindern die Unterstützung bieten, die sie bräuchten, um sich zu entfalten? Was sind die richtigen Entscheidungen, die heute getroffen werden müssten, um den Kurs in Richtung Inklusion, Resilienz und Chancen für jedes Kind zu ändern? Nach einem Jahr, in dem künstliche Intelligenz (KI) immer mehr zum Mainstream geworden sei, ist die Auswirkung dieser Technologie auf die Rechte von Kindern erneut ein Thema.

- [UNICEF: The Future for Children in a Volatile World - Prospects for Children in 2026](#) 

Studie: Weltweit fehlen 980.000 Hebammen, davon 10.000 in Europa

Laut einer britisch-niederländischen Studie, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Women and Birth“ veröffentlicht wurde, herrscht weltweit ein Mangel an Hebammen. Einer der Prognosen zufolge, die auf der Grundlage von 181 Ländern erstellt wurde, fehlen etwa 980.000 Fachkräfte. In einigen Teilen der Welt, beispielsweise in Afrika und im östlichen Mittelmeerraum, wo weiterhin mit einem Anstieg der Geburtenzahlen zu rechnen sei, werde der Mangel an diesen Fachkräften in den kommenden Jahren fast 80 % des globalen Bedarfs ausmachen. In Europa gebe es schätzungsweise mindestens 11 Länder mit einem Mangel an Hebammen, der zwar der geringste weltweit sei, aber dennoch etwa 10.000 neue Fachkräfte im Gesundheitswesen erfordern würde.

- [Boyce et al.: A critical crisis persists - Updated estimate of global midwife shortage](#) 

OECD: Mobbing in der Schule

Dieses OECD-Arbeitspapier dokumentiert anhand von PISA-Daten die Verbreitung und Trends von Mobbing in den OECD- und Beitrittsländern zwischen 2015 und 2022. Mobbing, sei es persönlich oder online, sei ein Hindernis für eine inklusive, hochwertige Bildung und für einen sozialen Zusammenhalt. Analysen wiesen auf deutliche Unterschiede in der Mobbing-Exposition zwischen verschiedenen Schülergruppen hin. Abschließend werden Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Mobbing untersucht, die sowohl nationale Maßnahmen als auch schulische Initiativen umfassen.

- [OECD: Bullying in education – Prevalence, impact and responses across countries](#)  

Toolkit für Hochschuleinrichtungen zur Unterstützung von Studierenden mit Kindern

Dieses Toolkit wurde im Rahmen eines 30-monatigen Erasmus+-Partnerschaftsprojekts unter der Leitung des ungarischen Verbands großer Familien (Nagycsaládok Országos Egyesülete – NOE) entwickelt. Das Projekt zielt darauf ab, die Hindernisse für Studierende mit Kindern im Hochschulbereich abzubauen und Hochschulen bei der Entwicklung integrativerer, familienfreundlicherer Systeme zu unterstützen. Das Toolkit baut auf umfassenden, umfangreichen Untersuchungen auf, die sich mit den Herausforderungen befassen, denen Familien im Universitätsleben gegenüberstehen, und mit den Fähigkeiten, die Pädagog:innen benötigen, um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

- [NOE: Toolkit for Higher Education Institutions in the Case of Students Raising Children](#) 

EU-Kommission, DG Beschäftigung: Wer sind die erwerbstätigen Armen?

Der vierteljährliche Bericht „European Employment and Social Outlook Quarterly Review“ bietet regelmäßig einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Sozial- und Arbeitsmarktbereich in der EU, ergänzt durch spezifische

thematische Analysen. Er wird durch das vierteljährliche Dashboard des EESO ergänzt, das stets aktuelle Daten, zusätzliche Indikatoren und Diagramme sowie nationale Zahlen enthält. Der thematische Teil dieses Berichts konzentriert sich auf die Erwerbsarmut in der EU und die ihr zugrunde liegenden Faktoren. Die Analyse zeigt, dass Erwerbsarmut mit der Arbeitsplatzqualität, der Haushaltszusammensetzung und Merkmalen der Arbeitnehmer:innen zusammenhängt.

- [EU-Kommission, DG Beschäftigung: Who are the working poor?](#)  

Kurznachrichten: Weltbericht zur Ungleichheit, Anpassung an Klimawandel, gerechte grüne Wende

- Mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) hat das World Inequality Lab seinen neuesten Weltbericht zur Ungleichheit veröffentlicht.
- Der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel (ESABCC) mahnt in seinem neuen Bericht eine dringende Stärkung der Resilienz gegenüber dem Klimawandel innerhalb der EU an.
- Die Europäische Gruppe für Ethik in Wissenschaft und neuen Technologien (EGE) hat für die EU-Kommission ihre Stellungnahme „Auf dem Weg zu einer gerechten grünen Wende“ veröffentlicht.

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
3. März 2026, online	Empowering rural women, strengthening families: Community-based solutions in practice (Breakfast Bytes Webinar)	COFACE
3. März 2026, online	Gender- and diversity-sensitive healthcare (Tuesday Dialogue)	Population Europe
8. März 2026	Internationaler Frauentag	UN-Jahrestag
11. März 2026, Brüssel	Free To Stay, Family And Cohesion Policies For Territorial Development – 5th European Congress Of The European Network Of Family- Friendly Municipalities	ELFAC (European Large Families Confederation)
15. März 2026	International Day to Combat Islamophobia	UN-Jahrestag
16.-29. März 2026	Internationale Wochen gegen Rassismus	UN; Stiftung gegen Rassismus
17. März 2026, Athen	Families in the age of Artificial Intelligence: Rights, inclusion and empowerment	COFACE Families Europe and KMOP
31. März 2026, online	Addressing violence against children through school-based interventions	Eurochild und Terre des hommes
28.-30. Mai 2026, Brüssel	2026 ICCFR Conference: “Bridging Cultures, Building Families: Exploring the Dynamics of Multicultural Families” (Call)	International Commission on Couple and Family Relations

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend